

Material zur Erstellung eines Handlungsrahmens für LINKE Fraktionen zu wirtschafts- und struktrpolitischen Fragestellungen

Stand: November 2018

Einführende Bemerkungen	2
Wirtschaft, Wirtschaftspolitik und gesellschaftspolitischer Kontext	2
Der programmatische Rahmen linker Wirtschaftspolitik	4
Sechs Eckpfeiler für linke Wirtschaftspolitik im frühen 21. Jahrhundert	5
Eckpfeiler 1: Öffentliches Investieren – Die Renaissance des Öffentlichen	5
Eckpfeiler 2: Domestizierung der Finanzsphäre	6
Eckpfeiler 3: Eine Digitalisierungsstrategie im Sinne des Gemeinwohls	7
Eckpfeiler 4: Die EU als wirtschaftspolitischer Akteur	8
Eckpfeiler 5: Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte abbauen	12
Eckpfeiler 6: Ein neues Solidarversprechen für die Regionen in Ost und in West	12

Einführende Bemerkungen

Dieses Papier trägt eine Reihe zum Teil seit längerer Zeit vorhandener, zum Teil jüngerer Gedanken zu einer linken Wirtschaftspolitik zusammen. Dabei besteht weder der Anspruch auf Vollständigkeit noch der auf Originalität. Vielmehr geht es um einen (weiteren) Impuls für eine notwendige linke Debatte in der Auseinandersetzung mit der auch und vor allem auf wirtschaftspolitischem Gebiet neoliberalen Hegemonie. Wer diese brechen will, muss eigene, praxisfähige Alternativen entwickeln und gesellschaftlich mehrheitsfähig machen. Die hier ausgewählten Argumente folgen dem Prinzip der Einbettung der politischen Argumentation in den programmatischen Rahmen, der vor allem durch das Erfurter Programm gegeben ist und der Fortschreibung bisheriger Positionen und Debatten zum Themengebiet.

Für das Erfurter Programm der LINKEN hat die Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Wirtschaft grundsätzlichen und zentralen Charakter. In der öffentlichen Wahrnehmung werden unserer Politik jedoch kaum Kompetenzen auf diesem Gebiet zugeschrieben. Für Auseinandersetzung mit der neoliberalen Hegemonie ist dies ein entscheidender Nachteil. Insbesondere die Eckpfeiler für eine linke Wirtschaftspolitik im 21. Jahrhundert sollen daher zur Kontroverse herausfordern, die hier beschriebene europäische Dimension sowie das Verhältnis privater und öffentlicher Investition sind hierfür geeignet. Deutlich ist auch, dass die Erarbeitung einer Digitalisierungsstrategie für eine solidarische Gesellschaft noch weitgehend am Anfang steht. Hier bedarf es der intensiven Debatte im Spannungsfeld netzpolitischer und wirtschaftspolitischer Kompetenz sowie der Demokratieentwicklung; grundlegende gesellschaftspolitische Fragen sind berührt und brauchen Antworten, die auf einem linken Wertekodex beruhen.

Entsprechend der Tagesordnung der Beratung der FVK in Saarbrücken ist an dieser Stelle auch die Zuarbeit zum Thema „ Positionen der LINKEN zur Förderpolitik der EU“ mit aufgenommen worden.

Bis zur Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Bremen soll der hier vorliegende Impuls für Eckpunkte linker Wirtschaftspolitik zur Beschlussreife weiterentwickelt werden.

Wirtschaft, Wirtschaftspolitik und gesellschaftspolitischer Kontext

Linke Wirtschaftspolitik in der Tradition der Arbeiterbewegung verortet sich entlang der Konfliktlinie zwischen Kapital, Arbeit und Demokratieentwicklung. Sie bekämpft Ausbeutung und soziale wie ökonomische Ausgrenzung, ungleiche Machtstrukturen und Raubbau an den Ressourcen. Ihre Analyse wirtschaftlicher Prozesse zielt in erster Linie auf deren besseres Verständnis zum Zwecke der Interessenvertretung der Arbeit.

In den letzten zwei, drei Jahrzehnten ist gerade dieser Aspekt vor allem in der Politik der sozialdemokratischen Parteien immer weiter zurückgedrängt worden. Das herrschende neoliberale Paradigma wurde mit unterschiedlichen Begründungen in die sozialdemokratische Politik implantiert. Spätestens seit Einsetzen der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 wurde deutlich, dass nicht nur das neoliberale Paradigma seine Versprechen nicht halten konnte, sondern dass die diesem Paradigma folgende sozialdemokratische Politik in eine existentielle Krise der sie tragenden Parteien mündete. Es brandete der Ruf auf: „Zurück nach links!“ – ohne dass daraus bislang eine tragfähige politischen Rekonstruktion erwachsen wäre.

Die bloße Remobilisierung traditioneller linker Ansätze scheitert aber vor allem auch daran, dass die modernen westlichen Gesellschaften – und nicht nur sie – vor allem im Zuge

der immer dynamischer werdenden Digitalisierung vor gänzlich neuer Herausforderungen technologischer, ökonomischer und kultureller Art gestellt werden.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich: Erfolgreiche, zumal erfolgreiche linke Wirtschaftspolitik kann nur funktionieren, wenn sie ihren gesellschaftspolitischen Kontext erkennt und in diesem Kontext Antworten entwickelt, die sowohl visionär als auch praktikabel sind, die historische Erfahrungen, Versäumnisse und Fehler aufarbeiten und die den linken Werte-Kanon in ein produktives Spannungsfeld zu Gegenwart und Zukunft setzen.

Wirtschaft ist mehr ein Umverteilungsmechanismus. Wirtschaftliches Handeln wird getragen von vielerlei Akteuren mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen, Zielen und Wertmaßstäben. Wirtschaftliches Handeln besorgt die Bereitstellung und Verteilung von Waren und Dienstleistungen für die Gesellschaft, organisiert und strukturiert die gesellschaftliche Arbeitsteilung (vor allem über die Erwerbsarbeit), mobilisiert Ressourcen und Innovationen und speist die Potenziale, die für einen modernen sozialen Rechtsstaat erforderlich sind.

Wirtschaftliches Handeln in modernen Gesellschaften beruht auf Strukturen und Institutionen wie Märkten, freiem und gleichzeitig sozial (und ökologisch) gebundenem Eigentum, Pluralismus von privaten, öffentlichen und staatlichen Akteuren, Gewinn- bzw. Effizienzstreben, Vereinigungsfreiheit und Streikrecht, Rechtsstaatlichkeit sowie nationalstaatlicher und internationaler Regulation. Nur wenn in diesem Spannungsfeld die richtige Balance gefunden wird, kommen wirtschaftliche Leistungskraft einerseits und soziale und ökologische Verantwortung andererseits zusammen – nur so können schließlich auch Voraussetzungen für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen entstehen, in der im Sinne von Karl Marx die Freiheit des Einzelnen die Voraussetzung für die Freiheit aller ist.

Dies ist nicht von sich heraus gegeben, sondern bedarf engagierter sozialer und politischer Kämpfe. Wirtschaftliches Handeln isoliert bringt machtpolitische Ungleichgewichte und Fehlsteuerungen, soziale Kälte und Ausgrenzung hervor. Unregulierte Märkte sind zudem blind bzw. weitgehend untauglich für Bereiche wie Daseinsvorsorge, gutes und bezahlbares Wohnen, Umwelt oder hoheitliche Aufgaben-Defizite, die immer wieder aufs Neue erkannt, reguliert, eingebunden und gerichtet und auch korrigiert werden müssen. Hierfür sind ein handlungsfähiger Staat und starke internationale Institutionen erforderlich – nicht nur für Korrekturen und materielle wie immaterielle Rahmensetzungen, sondern auch als eigenständige Akteure.

Im frühen 21. Jahrhundert leben wir in Zeiten großer Umbrüche, die exponentiell an Dynamik gewinnen. Traditionelle industrielle und handwerkliche Unternehmen stehen mehr und mehr neuen Wertschöpfungsmodellen gegenüber und unterliegen selbst einem rasanten inneren Wandel. Disruptive Entwicklungen erfassen immer mehr Märkte und Geschäftsmodelle. Traditionelle Arbeitsplätze verschwinden, werden in neue umgewandelt oder müssen durch anderes ersetzt werden. Die sozialstaatlichen Strukturen müssen auch neue Beschäftigungs- und Vertragsverhältnisse erfassen, wenn sie weiter ihre Funktion wahrnehmen sollen. Die Lohnfindungsmodelle müssen, auch in Deutschland, modernisiert werden, damit nicht immer größere Gruppen sozial ausgegrenzt und abgehängt werden. Nur ein staatlicher Mindestlohn reicht dafür nicht aus – kann aber, wenn er hinreichend verbindlich und dynamisch ist, ein wichtiger Treiber „von unten“ sein.

Haltung zu bzw. Betroffenheit von derartigen wirtschaftlichen Umbruchprozessen und ih-

ren Wirkungen auf Kultur, Lebensweise, Alltag, auch auf Politik und Demokratie, konstituieren neue gesellschaftliche Konfliktlinien und bauen das Parteiensystem um. Auch DIE LINKE ist Objekt dieser Entwicklungen – es geht aber darum, dass sie zum Subjekt und als solches auch wahrgenommen wird.

International wird bereits seit einiger Zeit – politische Lagergrenzen überschreitend und in durchaus gewichtigen Institutionen wie der OECD – ein Diskurs über die sich zuspitzende soziale Polarisierung in den westlichen Ländern sowie über ein neues Paradigma geführt, dass den Neoliberalismus ersetzen könnte: Inclusive Growth (Inklusives Wachstum). Die OECD versteht darunter „ein Wirtschaftswachstum, das Chancen für alle Bevölkerungsgruppen schafft und die Dividenden für mehr Wohlstand in monetärer und nicht-monetärer Hinsicht verteilt.“ Der OECD-Ansatz für integratives Wachstum ist multidimensional und geht über die Einkommensverteilung hinaus. Für einen Wandel in der uns umgebenden Welt ist es sinnvoll und notwendig, linke politische und programmatische Ansätze mit dieser Debatte zu verknüpfen – und zugleich dazu beizutragen, dass ein solches inklusives Paradigma das neoliberale Modell zurückdrängen kann.

Der programmatische Rahmen linker Wirtschaftspolitik

Im „Erfurter Programm“ der LINKEN stehen die Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Art und Weise des Wirtschaftens und der Anspruch der Veränderung dieser im Mittelpunkt. Bereits in der Präambel wird betont, dass es für die Realisierung der konkreten Ziele der LINKEN eines „anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems“ bedarf. Die im Programm verknüpften „drei Grundideen“ orientieren im Kern auf den emanzipatorischen Prozess der Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und auch in den benannten 16 Kämpfen der LINKEN bilden wirtschaftspolitische Fragen den Auftakt.

Der „Demokratische Sozialismus im 21. Jahrhundert“ des Erfurter Programms wird herausgehoben unter den Aspekten der „Eigentumsfrage und Wirtschaftsdemokratie“, des „Öffentlichen und Belegschaftseigentums“, der „Solidarökonomie“, der „Kleinen und mittleren Unternehmer“ sowie der „Wirkungsvollen demokratischen, sozialen und ökologischen Rahmensezung“ für Wirtschafts- und Finanzpolitik definiert.

Diese programmatischen Grundlagen finden sich in entsprechender Weise wieder z. B. im Wahlprogramm der LINKEN zu den Bundestagswahlen 2017, in dem der Kampf für einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik als Aufgabe der aktuellen Legislaturperiode benannt und mit zahlreichen Einzelmaßnahmen untersetzt wird.

Die öffentlichen Kompetenzzuschreibungen für DIE LINKE (zum Beispiel zuletzt bei den Bundestagswahlen) korrespondieren nur wenig mit der zentralen Rolle wirtschaftspolitischer Fragen im Erfurter Programm der LINKEN. Hier sind als positive Beispiele die Entwicklung der Kompetenzzuschreibungen im Bereich angemessener Löhne und einer guten Steuerpolitik zu nennen. Ansonsten besteht für die positive Ausgestaltung der öffentlichen Wahrnehmung der wirtschaftspolitischen Kompetenz unserer Partei noch ausreichend Spielraum.

Im Folgenden soll ausgehend von vier Eckpfeilern das Aktionsfeld Linker Wirtschaftspolitik erschlossen werden. Auf jedem dieser Felder ergibt sich die Notwendigkeit von politischen Auseinandersetzungen und Entscheidungen. Diese heißt es anzugehen.

Sechs Eckpfeiler für linke Wirtschaftspolitik im frühen 21. Jahrhundert

Eckpfeiler 1: Öffentliches Investieren – Die Renaissance des Öffentlichen

Die Jahrzehnte der neoliberalen Dominanz haben zu einer massiven Beschneidung der Verantwortung und der Ressourcen von Staat, Kommunen und öffentlichen Einrichtungen geführt – so weit, dass Funktions- und Entwicklungsfähigkeit des Gemeinwesens beeinträchtigt wurden.

In der aktuellen Phase kapitalistischer Entwicklung trägt das private Gewinninteresse nicht mehr hinreichend und in der nötigen Breite zur Innovation, in vielen Bereichen nicht einmal mehr zur Reproduktion, bei. Auch der ökonomische Fortschritt selbst erfordert ein erhöhtes staatliches Engagement:

- Der Produktionsprozess und die Wertschöpfung wachsen immer stärker über die Fabrik hinaus, umfasst Wissenschaft, Bildung, Kreativität, soziale Kooperation – Großkonzerne und Finanzinvestoren hingegen konzentrieren sich weiter darauf, wie sie trotzdem Mehrwert privat aneignen können. Das Ergebnis machen Daten des Statistischen Bundesamtes deutlich: China hat eine Brutto-Investitionsquote von 43%, Deutschland von 19%. Wenn man die bloße Erneuerung von Anlagen abzieht, bleibt eine Nettoinvestitionsquote von nahe Null.
- Die sozial-ökologische Transformation stellt Aufgaben, die man nicht mehr nach der Methode von Versuch und Irrtum bearbeiten kann. Die deutsche Politik hat die Energiewende eingeleitet und zum öffentlichen Schlagwort gemacht – die Technologie-Führerschaft bei alternativen Energien aber preisgegeben (zuerst im Solar-Bereich, jetzt bei der Windenergie). Öffentliche Investitionslenkung und Demokratisierung ökonomischer Entscheidungen werden zur Tagesaufgabe.
- In einer Zeit galoppierender Innovationsprozesse in bestimmten Bereichen (Stichwort: Digitalisierung) steht Deutschland im Bildungs- und Wissenschaftssystem international mäßig da.
- Es gibt längst alternative, im Kern postkapitalistische Formen der Investitionslenkung, der Produktion und Innovation, auf allen Ebenen – in Deutschland sind sie weitestgehend unbekannt.
- Der Bodenpreis in den Städten ist ein Produkt der Gesamtleistung aller städtischen Akteure. Seine private Aneignung und Maximierung hemmt jedoch diese Leistung und bestraft viele von denen, die einen hohen Anteil an dieser gesamtstädtischen Leistung haben.

Dies alles erfordert eine – materiell stark untersetzte – *Renaissance des Öffentlichen*.

Das bedeutet dreierlei

erstens: die massive Ausweitung der **öffentlichen Investitionstätigkeit** in den unterschiedlichsten Bereichen der materiellen Infrastruktur (Straßen, Brücken, Hochschulen und Schulen, Gesundheit und Pflege, Kanalisation, Energie- und Datennetze).

Zweitens: im Rahmen des sozial-ökologischen Umbaus die immateriellen Investitionen in Bildung, in Gesundheit, in Pflege und in Inklusion auszuweiten.

Drittens bedarf es öffentlicher und öffentlich geförderter **unternehmerischer Investitionen**. Zum Beispiel im Bereich des Wohnungsmarktes – also einer groß

angelegten Neubau- und Sanierungsoffensive alter und neuer öffentlicher Wohnungsbauunternehmen, die auf bezahlbares und sozial-nicht-trennendes Wohnen orientiert. Es geht aber auch um mehr: Wirtschaftliches Handeln und wirtschaftliche Entwicklung insgesamt können und müssen über öffentliche Förderung beeinflusst und kanalisiert werden. Bund und Länder müssen gewährleisten, dass im Zuge der Digitalisierung neben den bereits erreichten Kriterien im Zusammenhang mit Guter Arbeit zusätzliche Kriterien wie z. B. Qualifizierung und Ausbildung zur Geltung gebracht und zugleich das gesamte Fördersystem erweitert wird. So ist es nicht dauerhaft hinnehmbar, dass das Handwerk aus der Förderung über die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) ausgenommen ist.

Diese „Renaissance des Öffentlichen“ hat nicht nur eine bessere und preisgünstigere Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen Gütern und Leistungen oder eine funktionierende Infrastruktur zum Ziel, sondern muss zugleich Experimentierfeld für neue Formen der Partizipation und demokratischen Kontrolle sein, die einen **wirtschaftsdemokratischen Sektor** in der Ökonomie schafft.

Eckpfeiler 2: Domestizierung der Finanzsphäre

Diese muss auf mindestens vier Ebenen stattfinden:

- Re-Regulierung der Finanzmärkte mit dem Ziel, den Finanzsektor und vor allem die großen Finanzkonzerne dramatisch zu schrumpfen und zu entmachten. Im Ergebnis hat die globale Finanzkrise die Großbanken nicht kleiner, sondern größer gemacht. Das Risiko von „Too big to fail“ und die Konzentration politischer Macht in der Hand privater Konzerne ist dadurch nur noch größer geworden.
- eine gemeinschaftliche Kreditaufnahme (Stichwort Euro-Bonds), um als nationale Regierung nicht länger dem Erpressungspotential der Anleger ausgeliefert zu sein. Damit ist keine Vergemeinschaftung der Staatsschulden gemeint und natürlich muss es auch vernünftige Regeln für die Nutzung dieser gemeinsamen Kreditaufnahme geben.
- die generelle Zurückdrängung der „finanzmarktorientierten Unternehmenskultur“, also des gesamten „Shareholder-Kapitalismus“: durch Änderung von Bilanzierungsstandards und Meldepflichten, durch eine Zurückdrängung kurzfristiger Aktien- und anderer Wertpapiergeschäfte – Stichwort Finanztransaktionssteuer – und durch die Stärkung der Mitsprache der Beschäftigten und der Öffentlichkeit müssen Unternehmensziele endlich wieder längerfristig ausgelegt und einseitige Kostenverlagerungen zulasten von Beschäftigten, Umwelt und Gesamtgesellschaft verhindert werden. Konkret lässt sich das auf europäischer Ebene z.B. durch gemeinsame Mindeststandards bei Mitbestimmung und bei Transparenz- und Veröffentlichungspflichten für Unternehmen in der EU befördern.
- Im Bereich der Geld- und Währungspolitik hat sich die Europäische Zentralbank in der Krise als die mit Abstand handlungsfähigste europäische Institution erwiesen. Die EZB hat äußerst pragmatisch auf die globale Finanzkrise reagiert. Ob ein solches Herangehen jedoch wiederholbar ist und ob dafür überhaupt noch genügend Ressourcen zu mobilisieren sind, ist zumindest fraglich. (In der Finanzmarktkrise 2008 – 2011 haben die EU-Länder den Bankensektor mit 1,6 Billionen Euro gestützt. Die damit verbundenen Schulden sind in der Tat äußerst hoch, und sie

werden per Schuldenbremse stabilisiert auf Kosten öffentlicher Investitionen und sozialer Leistungen.) Dennoch wird diskutiert, diesen Pragmatismus der Geldpolitik auszubauen und dies der EZB auch ausdrücklich ins geldpolitische Mandat zu schreiben, um ihr so den Rücken gegenüber den privaten Finanzmarktakteuren zu stärken. Demgegenüber scheint der Weg zum Europäischen Währungsfonds (EWF) eine solide Alternative: Damit stünde Finanzierungsinstrument und für Krisenzeiten eine zweite Säule zur Intervention zur Verfügung.

Eckpfeiler 3: Eine Digitalisierungsstrategie im Sinne des Gemeinwohls

Linke Strukturentwicklungs- und Wirtschaftspolitik betrachtet die Gestaltung der digitalen Gesellschaft von morgen als eine zentrale Herausforderung. Gravierende Veränderungen stehen bevor und müssen dabei bewältigt werden. Neben die klassischen Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit und Boden (natürliche Ressourcen/Umwelt) treten dabei Information bzw. Wissen als neuer Produktionsfaktor – mit weitreichenden Auswirkungen nicht allein auf die Wertschöpfung, sondern auf die gesamte Gesellschaft und auf die Stellung des Menschen. Nur durch eine planvolle Gestaltung lässt sich eine positive Vision dieser Zukunft entwickeln und erreichen.

Dafür müssen zunächst einige elementare Voraussetzungen geschaffen und bestehende gravierende Rückstände in Deutschland beseitigt werden:

- Ein schneller Internetzugang muss als Teil der Daseinsvorsorge begriffen werden und damit auch ein Grundrecht sein
- Damit verbinden sich entsprechende Möglichkeiten der (Wieder-)Belebung des ländlichen Raums, der flächendeckende Breitbandausbau muss massiv und schnell erfolgen
- Ausrichtung des Bildungssystems auf die Möglichkeiten der digitalisierten Welt. Damit verbinden sich wichtige, zügig zu klärende und zu entscheidende Fragen:
 - o Was muss man heute eigentlich lernen – angesichts der Tatsache, dass Information im Prinzip überall vorhanden ist?
 - o Wie lernt man das?
 - o Offenbar werden auch die Person der ‚Lehrenden‘ und ihre Beziehung zu den Lernenden immer wichtiger. Was heißt das für Bildungssysteme?
- Zentral ist die Frage der Freiheit von Information (geistiges Eigentum). Der drängendste Regelungsbedarf bezieht sich dabei auf folgende Aspekte:
 - o Zugang sichern, d.h. dass Information überhaupt verlässlich verwendet werden kann – gegen einfache und transparente Gebühren.
 - o kürzere Schutzzeiten. Patentschutz von 70 Jahren ist nicht mehr zeitgemäß, da reichen auch 10 oder 20.
 - o public domain aufbauen. Politik muss dafür sorgen, dass mehr Informationen frei sind. Alles, wofür öffentliches Geld aufgewandt wurde, darf nicht nachträglich privatisiert werden: „Inwertsetzung“ muss unterbunden werden.

Zugleich geht es darum, Vertrauen in die bereits bestehenden bzw. beginnenden Digitalisierungsprozesse zu schaffen:

- Der Schutz der Privatsphäre vor staatlichen Eingriffen oder vor Missbrauch durch private Unternehmen muss auch in Deutschland Vorrang haben. Dafür braucht es klare, auch europäisch und international untersetzte Regelungen. Das bedeutet aber z.B. auch, dass Verschlüsselungen staatlich zu fördern sind.
- Die öffentliche und zivilgesellschaftliche Kontrolle über die Funktionsweise der Datenwirtschaft ist zu stärken und auszubauen. Initiativen wie etwa „Algorithmen-Watch“ sollten als Partner gewonnen und unterstützt werden.
- Der sich bereits vollziehende Übergang zur Künstlichen Intelligenz muss mit der Aufklärung über Funktionsweise, Möglichkeiten und Ziele generell, aber auch mit entsprechenden, öffentlich diskutierten und demokratisch legitimierten, politischen Strategien verbunden werden. In diesem Sinne begleiten wir auch die Initiative der Bundesregierung für ein deutsch-französisches Projekt zur Künstlichen Intelligenz.
- Den bereits dramatischen Veränderungen in der Arbeitswelt darf politisch nicht weiter zugeschaut werden: Absicherung prekär Beschäftigter in Digitalwirtschaft, Verkürzung der Wochenarbeitszeit, ggf. flexiblere Arbeitszeiten im Sinne der Werkstätigen.

DIE LINKE braucht schließlich eine eigene Digitalisierungsstrategie, die sie in einem breiten öffentlichen Dialog erarbeiten und zu einem Kernelement ihrer Gesellschaftsstrategie entwickeln sollte. Als Grundsätze dafür sehen wir:

- Orientierung staatlicher Förderung auf zukunftstaugliche und gemeinwohlorientierte Zukunftstechnologien
- Verbindung der digitalen Revolution mit dem Ausbau demokratischer Möglichkeiten, der Transparenz und Teilhabe
- Verbindung der digitalen Revolution mit sozialem Fortschritt: Arbeitswelt 4.0 als eine Welt Guter Arbeit. Ertüchtigung, Ermächtigung und soziale Absicherung, damit alle ihren Platz in der sich strukturell wandelnden Erwerbs- und Wertschöpfungswelt des 21. Jahrhunderts finden, bestimmen bzw. entwickeln können.
- Digitalisierung und die großen wirtschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Umbau- und Strukturwandel – Prozesse – Energiewende, Verkehrswende, digitale Verwaltung, Gesundheit/Pflege/Krankenversicherung etc.

Eckpfeiler 4: Die EU als wirtschaftspolitischer Akteur

Die Europäische Union und ihre Institutionen stehen zurecht massiv in der Kritik und auch innerhalb der Linken ist die Frage hoch umstritten, ob man diese EU „nur“ radikal reformieren muss, oder ob es einen europäischen institutionellen Neuanfang geben muss.

Allerdings ist klar erkennbar, dass erfolgreiche alternative Wirtschaftspolitik nur eine europäische Wirtschaftspolitik sein kann. In diesem Sinne beziehen wir auch aktuell konstruktiv und kritisch Stellung zu Entwicklungen, Projekten und Entscheidungsprozessen in der EU. Das betrifft vor allem:

- Positionen der LINKEN zur Förderpolitik der EU
 - Weiterführung der Kohäsions- und Förderpolitik als Politik der Solidarität zur Verwirklichung der vertraglich festgelegten Ziele wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Kohäsion und Verringerung der regionalen Disparitäten

als langfristige Investitionspolitik für alle Regionen, basierend auf den bestehenden europäischen Struktur- und Investitionsfonds mit gemeinsamen Vorschriften.

- hinreichende finanzielle Ausstattung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) über den EU-Haushalt wie bisher i. H. v. mindestens einem Drittel des künftigen EU-Haushalts
- keine Ausweitung des Anteils der Finanzinstrumente (Kredite, Garantien) zulasten der Ausstattung der Finanzhilfen (Zuschüsse), klare Unterscheidung von EFSI und ESIF
- keine Auflagen, auf deren Erfüllung die lokale und regionale Ebene sowie die übrigen Begünstigten keinen oder sehr begrenzten Einfluss haben (wie bspw. makroökonomische Konditionalitäten; Umsetzung von Strukturreformen oder anderer Politikziele z.B. im Rahmen des Europäischen Semesters, sofern sie mit den Aufgaben der Kohäsionspolitik nichts zu tun haben; Rechtsstaatlichkeit): Kohäsionspolitik darf kein Zwangsinstrument werden
- rasche Umsetzung und Ausbau der bereits beschlossenen Vereinfachungen (z.B. Single-Audit, vereinfachte Kostenoptionen/Pauschalen, Angleichung der Regelungen betreffs staatlicher Beihilfen)
- Stärkung des Partnerschaftsprinzips und des ortsbezogenen Ansatzes mit zentraler Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften
- Anwendung einer „goldenen Regel“ auf laufende öffentliche Investitionen der Mitgliedstaaten und Regionen im Rahmen der Nutzung der ESIF
- hinreichende Ausstattung des EU-Haushalts zur Finanzierung bestehender und so genannter neuer Herausforderungen in Höhe von mindestens 1,3% des EU-BIP / Anhebung der BNE-Eigenmittelobergrenze für den MFR nach 2020 sowie Schaffung zusätzlicher Einkommensquellen für den EU-Haushalt (FTS, Plastik-Abgabe, keine Rückzahlung nicht ausgegebener Haushaltsmittel an die MS am Ende eines Haushaltsjahres)
- rechtzeitige Annahme des Mehrjährigen Finanzrahmens und der Rahmengesetzgebung zur den ESIF für die Zeit nach 2020, um den reibungslosen Übergang von der aktuellen zur kommenden Förderperiode zu ermöglichen. (Über den EFSI wird derzeit das Investitionsgeschehen privatisiert, statt auf öffentliche Investitionen zu setzen. Dazu sind regionale Gefälle zu befürchten: Die Statistik weist zwar aus, wo das Geld investiert wird (vor allem in den strukturschwächeren EU-Ländern, Portugal, Spanien, Griechenland, baltische Staaten), aber nicht, wo die Firmen und Finanziere sitzen, die das betreiben – wohl vor allem in Deutschland und Frankreich.)

Die Frage nach Rolle und Perspektive der regionalen Einheiten ist für die EU – auch wirtschaftspolitisch – über die Förderpolitik hinaus von zentraler Bedeutung. Die Entwicklungen in Schottland oder Katalonien oder die irischen Problemen im Zusammenhang mit dem Brexit machen dies besonders schrill deutlich, aber auch generell stellen sich Zentrum-Peripherie-Probleme im frühen 21. Jahrhundert schärfer und verlangen spezielle regional- und strukturpolitische Ansätze. (Vgl. Eckpfeiler 6). Auch für deren Funktionieren gilt: Demokratie braucht beeinflussbare und überschaubare Einheiten. Deshalb kommt den Mitgliedstaaten in der EU

weiter eine wichtige Funktion zu, aber auch den kleineren Einheiten wie den Regionen, den Kommunen usw. Das muss sich auch in wirtschaftspolitischen Kompetenzen ausdrücken.

Zentral ist derzeit die Auseinandersetzung darüber, ob nach dem Brexit der Haushalt geschrumpft wird oder ob mehr eingezahlt wird. DIE LINKE bekennt sich zu letzterem.

- Die „Europäische Säule Sozialer Rechte“ (ESSR). Bei aller Kritik der Ende 2017 proklamierten Grundsätze betrachten wir den aktuellen Stand nicht als unbefriedigendes Ende einer Debatte und eines Entscheidungsprozesses, sondern als halbherzigen, inkonsequenten Auftakt einer längerfristigen und dringend notwendigen politischen Auseinandersetzung.

Wir nehmen die Feststellung der EU-Kommission ernst, wonach die „Umsetzung der im Rahmen der europäischen Säule sozialer Rechte festgelegten Grundsätze und Rechte ... eine gemeinsame Verpflichtung und Verantwortung der Organe der Europäischen Union, der Mitgliedstaaten, der Sozialpartner und anderer Interessenträger (ist).“

Gerade weil die Verkündung edler Ziele eben nicht mit einer sozialen Wende in der Politik der EU insgesamt einhergeht, gerade weil die bloße Verkündung von Individualrechten nicht ausreicht, wo das bisherige EU-System dem entgegensteht, gerade weil die postulierten Vorstellungen von den Realitäten in den südlichen und östlichen EU-Ländern weiter entfernt als vom deutschen Sozialsystem sind und gerade weil der Druck der Brüsseler Austeritätspolitik den sozialen Verkündigungen brachial widerspricht, werden wir diese Keime eines Dualismus entwickeln und von sozialer Seite stark machen.

Dazu kommt, dass seitens der Kommission bei der Ausgestaltung der ESSR Dinge aufgerufen werden, die auch unsere Forderungen unterstützen können – so etwa das Recht, aus einer befristeten Teilzeitbeschäftigung auf eine Vollzeitstelle zurückzukehren, oder ein Recht auf Elternzeit für Väter und Mütter mit einem Elterngeld mindestens auf Höhe des Krankengeldes.

Wirtschaftspolitisch bedeutet die Stärkung der Sozialen Säule, einen Dreiklang zu entwickeln und umzusetzen – bestehend aus

1. dem Kampf gegen die Niedriglöhne.
2. der Schaffung von dynamischen, verhandlungsbasierten und an sozialen Standards orientierten Lohnfindungssystemen (Tarifbindungen etc.)
3. einer couragierten Struktur- und Kohäsionspolitik, die den Wandel aufnimmt und ihn wirtschaftlich und sozial gestaltet.

- Die Europäische Arbeitslosenversicherung (EUI). Unter EU-Kommissar László Andor gab es dazu vor Jahren bereits ein fertiges Konzept. Die Idee ist bei den verschiedenen Interessengruppen umstritten und wird von Teilen der politischen Öffentlichkeit beargwöhnt, gewinnt aber wieder an Aktualität. Doch unabhängig davon böte eine EUI einerseits die Möglichkeit zu gelebter und erlebter europäischer Solidarität, die eben nicht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger oder bereits erreichter höherer Standards z.B. in Deutschland ginge. Andererseits ergäbe

sich wirtschaftspolitisch ein unabhängiger makroökonomischer sozialer Stabilisator für die Nachfrage in Krisenzeiten, der bislang fehlt und auf andere Art und Weise nicht zu gewinnen ist. Eine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung würde es auch ökonomisch für einzelne EU-Länder unattraktiv machen, durch merkantilistische Politik einfach Arbeitslosigkeit ins EU-Ausland zu exportieren.

- Die Besteuerung von Digitalunternehmen in der EU. Die Kommission hat kürzlich einen Gesetzesvorschlag unterbreitet, damit auch Unternehmen der digitalen Wirtschaft künftig einen gerechten Anteil an Steuern auf ihre Gewinne zahlen. Dazu soll die Körperschaftssteuer dahingehend reformiert werden, dass die Mitgliedstaaten auch Gewinne besteuern können, die in ihrem Hoheitsgebiet erwirtschaftet werden, auch wenn das betreffende Unternehmen dort nicht physisch präsent ist. Dafür führt die Kommission den Begriff der „digitalen Präsenz“ ein.¹ Der durchschnittliche effektive Steuersatz digitaler Unternehmen beträgt nach Angaben von Kommissionspräsident Juncker derzeit nur rund 8 Prozent, während der Satz für herkömmliche Unternehmen bei 20 bis 23 Prozent liege. Diese Schere sollte tatsächlich endlich geschlossen werden.

Zu den wichtigsten Elementen einer grundlegend anderen EU, in der eine wirtschaftspolitische Alternative überhaupt erst sinnvoll vorstellbar wäre, gehören:

- die Schaffung einer Zuständigkeiten der EU für eine wirksame Koordination der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer im Sinne der hier beschriebenen Eckpfeiler , ggf. begleitet durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen über viele wirtschaftspolitische Fragen in der Union,
- eine deutliche Vergrößerung des Budgets der EU, damit eine für diese Koordination zuständige europäische Institutionen (z. B. eine europäische Wirtschaftsregierung) auch über einen hinreichend großen eigenen Finanzspielraum verfügt, mit dem sie eigenständige Projekte anschieben kann, mit denen sich gesamtwirtschaftlich etwas ausrichten lässt,
- diese Aufwertung ist ausschließlich dann vertretbar, wenn die EU selbst demokratischer wird und ein grundlegendes soziales Profil erhält. Das bedeutet die Aufwertung des Europäischen Parlaments, das endlich das Recht zur Einbringung eigener Gesetzesinitiativen bekommen muss sowie weitgehendere Befugnisse gegenüber der Kommission und dem Rat. Ein sozialeres Profil erhält die EU durch die Beendigung der Nivellierung sozialer Standards nach unten. Eine Zuständigkeit für die Koordination der Sozialen Sicherungssysteme und langfristig eine europäische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik können ein solches Profil der EU unterstützen.
- das ungerechte Konkurrenzgebaren in der EU hinsichtlich des sogenannten Steuerwettbewerbs und der Steueroasen muss beendet werden. LuxLeaks, Panama Papers und Paradise Papers machen jedoch deutlich, wie weit dieser Weg ist.

¹ Details siehe: https://www.evernote.com/l/AJtPOhUBJm9Dr77IIJWY7uY5xbpj_Qddd3o

Eckpfeiler 5: Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte abbauen

(Linke) Wirtschaftspolitik muss systematisch immer auch im Sinne ökonomischer Konvergenz gedacht sein, die nicht durch Marktkräfte, sondern in der Regel nur gegen Marktkräfte erreicht werden kann.

Schon seit der Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes 1967 ist die Erreichung eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ein wirtschaftspolitischer Auftrag an jede deutsche Bundesregierung. Leider haben die Bundesregierungen der letzten 50 Jahre diesen gesetzlichen Auftrag konsequent ignoriert.

Heute kann ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht in der Euro-Zone nur durch aktives Eingreifen in die Innovationsfähigkeit, in die Fiskalpolitik, in das Lohngefüge und in die Arbeitsmarktordnungen der Mitgliedsländer erfolgen. Diese Eingriffe können entweder kooperativ und solidarisch erfolgen – oder die Anpassungslasten werden einfach den Schwächsten aufgebürdet.

In der bisherigen Euro-Krise ist nur letzteres passiert, und an diesem Egoismus droht die EU nun auseinander zu brechen. Länder wie Spanien, Portugal, Irland und Griechenland wurden zu Krisenländern erklärt, weil sie nicht nur der Ort der Krise, sondern auch die vermeintlichen Verursacher der Krise seien.

Produktionsunterschiede aber wird es immer geben – aber sie müssen ein Motor des Ausgleichs sein, nicht der Spaltung. Diese Sicht wird in Deutschland durch vielerlei Schlagworte verstellt – in der öffentlichen Debatte, aber auch in der praktischen Politik. Klar ist: Jede Wirtschaftsunion ist auch eine Transferunion, sonst funktioniert sie nicht. Die EU braucht einen Finanzausgleich wie Deutschland auch. Derzeit geschieht das durch die Hintertür über die Regionalförderung und über das Schuldenregime (Zinserslasse etc.) – was eine völlig schräge Vermischung ist und das nicht leistet, was geleistet werden muss.

Eine solidarische, zukunftsfähige europäische Wirtschaftspolitik wird stattdessen darauf achten, dass durch **öffentliche Förderung** und **gezielte Infrastrukturmaßnahmen** neue Produktion und Innovation ihren Weg dorthin finden, wo die Not und die Arbeitslosigkeit regional besonders groß sind. Und sie muss Einfluss nehmen auf die Entwicklung der Löhne, der Produktivität und der Qualität der Arbeit sowie auf sozialen Ausgleich.

Deutschland hat durch sein starkes außenwirtschaftliches Gewicht eine hohe Verantwortung und ist gerade angesichts der anhaltenden Euro-Krise mit hohen Erwartungen, weit über den Euro- Raum hinaus, konfrontiert. Die deutsche Politik muss sich dem stellen. Durch ein einfaches Umlegen eines Schalters wird hier allerdings nichts zu bewegen sein. Zur sozialen und ökonomischen Verantwortung für Deutschland, aber auch Europa, gehört es, langfristige Pfadabhängigkeiten zu beachten. Es geht um Transformationsprozesse, mit denen der Binnenmarkt, die Einkommenssituation der Beschäftigten und die Nachfrage in Deutschland selbst gestärkt werden – was dann wiederum Rückwirkungen auf die Verteilung der außenwirtschaftlichen Gewichte zeitigen wird.

Eckpfeiler 6: Ein neues Solidarversprechen für die Regionen in Ost und in West

Der wirtschaftliche Strukturwandel vollzieht sich vor Ort zunehmend als Wildwuchs, eine regulierende Politik wird nicht deutlich. Ökonomischer und technologischer Fortschritt in der Industrie geht immer weniger mit sozialem Fortschritt einher. Produktionsstandorte werden an Orte mit sozialen Niedrigstandards verlagert und hinterlassen Verliererinnen

und Verlierer, für die die derzeit herrschende Politik keine Perspektive anzubieten vermag.

Ein zunehmendes Gefälle bildete sich nicht nur zwischen sozialen Schichten, sondern auch zwischen ganzen Regionen in Deutschland heraus. Es entwickeln sich prekäre Regionen in den alten Bundesländern, die in negativer Hinsicht mit den zahlreichen abgehängten Regionen Ostdeutschlandes vergleichbar sind. Aber auch derzeit boomende Industrien wie die bayerische Automobil- und Rüstungsindustrie sind vor tiefgreifenden strukturellen Veränderungen nicht gefeit. Konversion und eine politisch gewollte und begleitete Umwandlung in eine zivile, ökologisch sinnvolle und nachhaltige Wirtschaftsweise ist Aufgabe einer sozial-ökologischen Wende.

Damit einhergehende Differenzen wie etwa das Einkommensgefälle von durchschnittlich 20 Prozent, die bisher als Ausweis der Ost-West-Differenz galten, finden sich mittlerweile in dieser Größenordnung auch zwischen dem Norden, dem Süden und dem Westen Deutschlands. Einen vergleichbaren Einkommensunterschied gibt es auch zwischen Männern und Frauen. Das macht deutlich: Wichtige soziale Differenzen sind nicht mehr allein vor dem Ost-West-Hintergrund zu erfassen und zu bearbeiten.

Der wirtschaftliche Strukturwandel muss aus LINKER Perspektive mit einem neuen Solidarversprechen verbunden sein:

- Niemand darf dazu verurteilt sein, sein Leben auf der Ebene niedrigster sozialer Alimentierung zu verbringen
- Niemand darf dazu verurteilt sein, wegen seines Geburts- oder Lebensortes von Teilhabe, Wohlstand und Selbstverwirklichung ausgeschlossen zu sein
- Weder Menschen noch Regionen dürfen dauerhaft abgehängt und aufgegeben werden
- Wir wollen auf eine nachhaltige, sozial und ökologisch geprägte gesellschaftliche Entwicklung einschwenken und somit ein neues Solidarversprechen für die Regionen in Ost und in West verwirklichen
- Beides – Wachstums- und Schrumpfungsprozesse – bedürfen einer regulierenden politischen Begleitung

Für all das sind konkrete, zielführende Instrumente nötig, die noch entwickelt werden müssen. Der Abbau von alten Arbeitsplätzen etwas darf nicht nur rein statistisch durch neue Arbeitsplätze kompensiert werden, sondern die Betroffenen brauchen einen Anspruch auf gute, perspektivreiche Arbeit. Deswegen wollen wir eine Rechte – basierte Arbeitsmarktförderung, einschließlich Transfergesellschaften, viel mehr Qualifizierungsangebote, möglichst schon vorher Weiterqualifizierung, bevor die Beschäftigten arbeitslos werden.

Zentralisierung und Urbanisierung sind derzeit zwar globale Mega-Trends – zumindest theoretisch aber bietet die Digitalisierung hier auch gegenläufige Möglichkeiten. Linke Wirtschaftspolitik hat die Aufgabe, sie zu identifizieren und zu stärken.

Linke Strukturentwicklungspolitik setzt auf eine kooperative Entwicklung der Regionen, statt auf Standortwettbewerb, das bedeutet:

- Die Europäische Union muss die Regionen mit gravierendem Entwicklungsrückstand stärken und zugleich die Stabilität in allen anderen Regionen stützen. Die Regionalförderung darf nicht gekürzt oder gar zur Durchsetzung von Privatisierung oder anderer neoliberaler Konzepte missbraucht werden

- Auf Bundesebene brauchen wir einen „Solidarpakt III“ für strukturschwache Regionen in Ost und West
- Der bundesstaatliche Finanzausgleich wird auch künftig daran zu messen sein, ob er nicht nur die soziale Spaltung mindert, sondern ob er auch echte Chancen zum Aufholen bietet. Dazu muss er unterstützt werden durch eine nationale Struktur- und Investitionspolitik, die auch regional ausgerichtet ist. Dazu muss auch die GRW erneuert und ausgeweitet werden – insbesondere auf Branchen, die arbeitsmarktpolitisch und genderpolitisch besonders dynamisch sind.

QUELLEN:

In diesem Papier werden das Erfurter Programm der LINKEN, das Bundestagswahlprogramm der LINKEN 2017, Wahlkampfbericht zur Bundestagswahl 2017 (Kapitel 2), Texte und Reden von MdB und ehemaligen MdB (u.a. Axel Troost für Kapitel 3, Anke Domscheidt-Berg für Eckpfeiler 3) und Dokumente der Fraktionsvorsitzendenkonferenz (Eckpfeiler 4) verarbeitet. Der Eckpfeiler 4 geht auf eine Zuarbeit von MdEP Martina Michels zurück. Ergänzungen und redaktionelle Veränderungen an der Gliederung kamen von MdL Ralf Christoffers (Brandenburg) sowie von Kristina Vogt (Vorsitzende der FVK; Bremen) und Christoph Spehr (Bremen).